



Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Donhoff (A 7) 3600-3667.

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsteil): Dr. Carl Misch.

20 Pf. - Nr 372 - A 189

SONNTAG, 9. AUGUST 1931

MORGEN-AUSGABE · V

Laßt sie allein!

Die Parole für den Sonntag

Verfassungsfeier

Von DR. FRANZ SCHNABEL,

Professur an der Technischen Hochschule in Karlsruhe

Heute sollen die Wähler Preußens darüber abstimmen, ob sie im September oder im Mai zum Wahltag wählen wollen.

Das Volk soll „entscheiden“. „An die Urne zu schreiten“.

der Aktion zählennmäßig vielleicht möglich und zugleich moralisch unmöglich.

Keine der drängenden Fragen des Tages wird durch die kommunalistisch-nationalistische Stimmzettel-G. m. b. H. ent- schieden, keine der Sorgen und Ängste verringert, keine der Vermengungen einheitlicher Staatsführung beseitigt.

Genug der Verzerrung! Es ist höchste Zeit, wieder zu der Arbeit zurückzukehren, die geleistet werden muß, wenn Deutschland in und mit Europa gefunden soll.

Wägen sich die Parteiführer heute ein Stelldweinen an den Urnen der Zukunft ab.

Brüning vor der deutschen Presse

Eine neue Aera der Außenpolitik

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

ROM, 8. AUGUST

Kurz vor ihrer Fahrt in den Vatikan haben heute die deutschen Botschafter die sämtlichen Vertreter der deutschen Presse noch zu einer informativsten Arbeitsunterhaltung empfangen.

Der Reichstagler unterricht noch einmal die außerordentliche Freundlichkeit und Offenheit der Ansprache mit Mussolini und Ceconi und fügte hinzu, daß man sich in Rom wie in Paris und London verhältnismäßig über die mangelnde bestehende Probleme und Streitfragen unterhalten habe.

Nach Mussolini scheint, wie die deutsche Delegation, der Lieberung zu sein, daß diese Krise nicht allein und nicht in erster Linie wirtschaftspolitischen Charakters ist, sondern eine Ver- trauenskrise, die besetzt nicht nur mit den Maßnahmen wirtschaftspolitischer Art behoben werden könnte.

Gefühlsfähig ist aber auch in den wirtschaftspolitischen Fragen eine Zusammenarbeit der Wähler heute notwendiger als je. Gedankengänge, wie man früher getrennt verfolgt hat, daß nämlich der Wunsch der Wähler gegen- einander den einzelnen Nationen überdrüssig sein könnte, müssen heute als Brautwege heiliggehalten werden.

An den wiederholten Besprechungen der deutschen und italienischen Staatsmänner wird natürlich auch die im Rahmen der Wirtschaftsprobleme aufgelaufenen Fragen ausführlich besprochen worden, wobei man sich offenbar nicht einmal begnügt hat, die Situation nur von der optimistischen Seite zu sehen, sondern noch einer überbesinnlichen der Ansichten aus für den Fall gefaßt und sie schließlich auch gefunden hat, was gefehlt hätte und gefehlt hätte, wenn die Schaffung der gemeinsamen Vertrauens- atmosphere und eines gemeinsamen Vorgehens auf wirtschaftlichem Gebiet nicht gelangen sollte.

Für die gegenseitige Vertrauensatmosphäre, so nimmt man in den römischen Besprechungen überein, ist die Lösung der Frage der Brückung von entscheidender Bedeutung. Die entsprechenden Ausprägungen haben das Ergebnis gezeigt, daß alle Wähler, und zwar jedes Volk auf seine Zeit und Weise, dazu beitragen müßten, den einzelnen Völkern die wahre An- wendung zu ermöglichen, die zur wirksamen Verwirklichung des Geistes führen würde.

Die deutsche Delegation kann es, wenn man zur psychologischen Seite der beiden Besprechungen zurückkehrt, natürlich nur mit größter Demutung begrüßen, daß Mussolini die ihm überbrachte Einladung nach Berlin sofort dank- bar angenommen hat. Auf deutscher Seite würde man es natürlich ganz außerordentlich begrüßen, wenn dieser Besuch sehr bald stattfinden könnte, weil man sich viel davon versprechen zu dürfen glaubt.

Bei der Unterhaltung der deutschen und der italienischen Staats- männer wird man sich auch allgemein darüber ausgesprochen haben, daß alle Anzeichen dafür sprechen, daß sich allmählich eine ganz neue Konzeption der auswärtigen Poli- tik überhaupt herauszubilden beginnt. Der medienfähigen Auffassung von früher, die mit dem Gleichgewicht arbeitete, das nur auf gegenseitiger Ausweitung und Abweisung einzelner, folgt jetzt immer mehr eine organische Auffassung der außenpolitischen Aufgaben, die Vorfassung, die als Zukunftsbild die Entstehung eines europäischen Organismus sieht, in dem das Wohlergehen des Ganzen abhängig ist von dem Wohlergehen der einzelnen Teile. (Siehe auch 3. Seite.)

Preussische Wahlziffern

Table with 4 columns: Wahlkreis, Stimm- berechtigte, Stimmen- (Wahlrecht) bei neun Stunden am 14. Sept. 30, and Stimmabgabe (Wahlrecht) am 14. Sept. 30. Rows include 1. Ostpreußen, 2. Berlin, 3. Potsdam II, 4. Brandenburg, 5. Graunfurt a. d. Ober, 6. Rummeln, 7. Breslau, 8. Westfalen, 9. Westfalen I, 10. Westfalen II, 11. Westfalen III, 12. Erfurt, 13. Schleswig-Holstein, 14. Westf.-Ems., 15. Ostfriesland, 16. Südniederrhein, 17. Westfalen Nord., 18. Westfalen Süd., 19. Ostfriesland, 20. Ostfriesland, 21. Westfalen-West., 22. Westfalen-West.

Preußen . . . . . 96 899 888 12 279 309 5 955 906 22,87

So feiern wir heute unseren nationalen Gedanktag in einem Augenblick, da die Verfassung, der diese Feier gilt, verfaßt ist gleichsam wie eine Statue der Götter. Es ist ein billiger Trost, daß auch in der Vergangenheit sogar die flüchtigen Vorkämpfer der verfassungsmäßigen Freiheit mitten in ihrem heroischen Ringen gegen Absolutismus und Priestertumswelt der Notstand vorgelegen und bebrochen haben. Sie waren sich stets bewußt, daß es Zeiten geben würden, wo die konstitutionellen Rechte nicht mehr ausreichen und man zu Notbehelfen muß greifen müssen; aber die Dimensionen des heutigen Zustandes hat niemand geahnt. Es ist auch nicht viel gehoben mit der Feststellung, daß nicht nur in Deutschland heute anders regiert werden muß als im 19. Jahrhundert und daß der Rechtsstaats- gedanke gegenständig überall in Europa eine Schwere Kraft durchdringt, weil die unüberhörbar gewordenen Probleme der modernen Weltlichkeit in den Formen der alten Ordnung nicht mehr gelöst werden können. Wir hören, wie die Stimmen der Streit sich mehr und zu grundsätzlicher Ablehnung sich steigern; wir sehen, wie zahlreiche Propheten aufstehen und den notwendig gewordenen Ausnahmemaßnahmen als Ideal der Zukunft empfohlen möchten. Zu den vielen trüglichen Ver- sstellungen unserer deutschen Geschichte scheint jetzt eine neue hinzugekommen zu sein. Denn als vor zwei oder drei Jahrzehnten die Wähler Europas ihr Schicksal selbst in die Hand nahmen und es auf Volkssouveränität und parla- mentarische Verfassung gründeten, mißlang dem deutschen Volke der Ausbau eines freien Staatslebens; und als die Weimarer Verfassung den die Verfassung eines halben Jahrhunderts nach der Verfassung des Reiches des Reiches und gesellschaftliche Leben sich zu entwickeln und erweitert zu haben, daß die Umbrüche, die das 19. Jahrhundert ge- schaffen hat, für Deutschland zu spät kamen und jetzt nicht mehr ausreichen. Gollen wir in den Tagen der gebührend Notbehörden eine Verfassung preisen, die dies alles not- wendig gemacht oder gar verhindert hat?

In ruhigen und geordneten Zeiten ist es einfach, nationale Gedanktage zu feiern. Der gewöhnliche Mensch stimmt die Herzen froh, und leicht können die Wählerinnen um sich eine Welt von Selbstgefälligkeiten schaffen. So hat bei uns in seliger Vor- freigeit die Gedanktagfeier geföhnt, gebildet, und durch pomphafte Worte weitergegeben, der Vorber, den die Wähler gelehrt, wurde mit Wehrmaß umfüßt, im Trommetwirbel erhoben: an die Probleme des Tages und an die Sorgen der Zukunft zu erinnern, war verpönt. Unser gewöhnliches Leben ist gramlos genug, die Bildung neuer Vorgehen zu ver- hindern. Denn demselben Staat steht sich unaufrichtig in andere Tagen vertritt, er kann nicht zur Zufriedenheit mehr sein die stets sich wandelnden Probleme des Tages immer wieder neu durchdenken, selbst jene Verfassung muß er immer wieder verteidigen und prüfen. Und dennoch wird er an den geistigen Grundlagen seines Daseins festhalten. Er wird nicht zugeben, daß die Not des gegenwärtigen Zu- standes gegen Demokratie und parlamentarisches Leben be- weist. Nicht die Grundzüge und Formen sind herabzu, und die Wirren der Gegenwart sind nicht entlarven, weil man den Rechtsstaat errichtet, das Volk zur Bestimmung seiner Geschichte berufen haben, Es gibt Wähler, die es durch ihre